

K-3 Solidarität grenzenlos!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

1 Massive Brände in Griechenland, Kanada und auf Hawaii. Gleichzeitig verheerende
2 Unwetter und Überflutungen in Deutschland, Kalifornien und Libyen - abwechselnd
3 mit extremer Hitze und Trockenheit. Die Klimakrise ist überall angekommen. Dass
4 die Antwort hierauf nicht nur auf nationaler Ebene erfolgen kann, ist
5 mittlerweile allen bewusst.

6 Genauso ist es mit anderen globalen Krisen: Menschen müssen sich entscheiden, ob
7 sie in Kriegsgebieten bleiben oder sich auf eine möglicherweise tödliche Flucht
8 begeben. Während die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger immer
9 weiter zunimmt, müssen sich Milliarden Menschen weltweit fürchten, dass es kein
10 soziales Sicherungsnetz gibt, was sie auffängt.

11 Immer mehr Nationalstaaten wollen Probleme nur national und auf Kosten anderer
12 lösen. Für uns ist aber klar: **Es braucht wieder mehr internationale Solidarität**
13 **– Es braucht einen starken Internationalismus!**

14 Die Welt, die uns umgibt...

15 Die Globalisierung hat zweifelsfrei Vorteile gebracht: Ein steigendes
16 Warenangebot, weltweite Austauschprogramme, mehr internationale Kommunikation
17 und noch vieles mehr. Allerdings ist die Kehrseite der Globalisierung
18 unübersehbar: Globale Konzerne versetzen Beschäftigte weltweit in
19 Lohnkonkurrenz, ganze Sektoren wandern vom einen auf den anderen Tag ab und
20 lassen Millionen Menschen arbeitslos zurück, im internationalen Wettbewerb
21 werden Gewerkschaften nach und nach geschwächt, weltweit zerstören
22 Riesenkonzerne unsere Lebensgrundlage und weltweit wird der gesellschaftliche
23 Wohlstand vor allem hin zu einigen wenigen Superreichen umverteilt. Diese
24 Entwicklung ist eine Konsequenz des globalen Kapitalismus, der große Konzerne
25 immer weiter begünstigt, anstatt den Bedürfnissen der Menschen nachzukommen.

26 Die Auswirkungen des globalen Kapitalismus werden an den Finanzmärkten so

27 deutlich wie an kaum einem anderen Ort: Einzelne Investmentfonds können durch
28 den Kauf eines Unternehmens entscheiden, ob morgen Arbeitsplätze gekürzt
29 werden. Überall auf der Welt werden Boden und Natur zu einer Finanzanlage, die
30 ausgebeutet wird und dazu führt, dass Menschen vertrieben werden. Selbst die
31 Wohnungen, in denen wir leben, gehören immer häufiger großen Wohnungskonzernen,
32 die Profite mit unserer Miete machen. Diese Umstände sind eine Konsequenz von
33 Finanzmärkten, in denen riesige Mengen an Geld in Millisekunden hin- und
34 hergeschoben werden und am Ende Einfluss auf unser Leben hat.

35 Während Konzerne auf der Suche nach günstigeren Steuern im Eiltempo nationale
36 Grenzen überwinden können, sind es die Menschen, die an denselben Grenzen nach
37 ihrer Verwertbarkeit durchgelassen werden. Wer als Arbeitskraft „wertvoll“ ist
38 oder wer es „verdient“ zu fliehen, wird an kapitalistischen Maßstäben gemessen.
39 Der Ruf von Arbeitgebern nach erleichterter Fachkräfteeinwanderung wird immer
40 lauter, während Stimmung gegen diejenigen gemacht wird, die im Angesicht von
41 Kriegen und Krisen bisher nicht die Chance auf eine Ausbildung hatten. Dabei ist
42 es gerade die historisch gewachsene Ungerechtigkeit, die ganze Regionen in
43 Abhängigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen stürzt und Menschen dazu zwingt, ihre
44 Heimat zu verlassen.

45 Im Angesicht dieser Krisen und Ungerechtigkeiten tragen Regierungen kaum zu
46 ihrer Eindämmung bei. Anstatt der Ausbeutung von Mensch und Natur ein Ende zu
47 setzen, werden Deals über grünen Wasserstoff in Nordafrika, Minen in Chile oder
48 LNG in Katar abgeschlossen. Gleichzeitig stützen internationale Institutionen
49 wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank koloniale Dynamiken und
50 Abhängigkeiten des Globalen Südens vom Globalen Norden, indem sie eine
51 ungerechte Sparpolitik durchsetzen, die auf Kosten der Menschen vor Ort geht.
52 Auch die Europäische Union ist daran unbeteiligt. Erst zuletzt haben wir am
53 Migrationsdeal mit Tunesien gesehen, dass die EU sogar bereit ist, Deals mit
54 Autokraten einzugehen, die einen rassistischen Polizeistaat führen, um die
55 Migrationsbewegung zu unterbinden. Und anstatt im Angesicht multipler globaler
56 Krisen in Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit auf
57 Augenhöhe zu investieren, müssen wir einem globalen Hochrücken und einer
58 zunehmenden Blockkonfrontation in die Augen sehen.

59 Angesichts der globalen Krisen sehen wir in immer mehr Ländern die Tendenz zu
60 abschottenden Nationalstaaten. Das kann aber nicht die Lösung sein! Denn das
61 Problem liegt nicht in der Globalisierung an sich, sondern am globalen
62 Kapitalismus. Deshalb ist unsere Antwort: Solidarität und Internationalismus!

63 **Die Welt, für die wir kämpfen...**

64 Wir wollen in einer Welt leben, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt
65 leben können, unabhängig davon, wo sie geboren sind. Wir wollen in einer Welt
66 leben, in der niemand von Zuhause fliehen muss.

67 Wir wollen eine Welt, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen jederzeit
68 gewährleistet sind. Alle Menschen auf der Welt verdienen es, frei von Hunger zu
69 leben, eine gute Gesundheitsversorgung zu haben, ein Dach über dem Kopf und eine
70 gute Anbindung an alles, was sie zum Leben brauchen.

71 Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Frieden ist für uns mehr als die
72 Abwesenheit von Waffengewalt, es ist die Abwesenheit von Gewalt und Herrschaft
73 übereinander. Das bedeutet sowohl, dass Autokraten keine Angriffskriege starten,
74 als auch dass alle Menschenrechte jederzeit gewahrt sind - auch die Sozialen.

75 Wir wollen in einer Welt leben, in der die planetaren Grenzen unserer
76 Lebensgrundlage geachtet werden, sodass jetzige und kommende Generationen
77 überhaupt die Aussicht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Solidarität haben
78 können.

79 Wir wollen eine Welt, in der weder Menschen noch Staaten in ständiger Konkurrenz
80 zueinander stehen. Wir wollen eine Welt, in der wir kooperieren, um das
81 bestmögliche Leben für uns alle zu schaffen. Wir streben eine Welt an, die nicht
82 durch nationalstaatliche Grenzen definiert ist, sondern durch die globale
83 Gemeinschaft aller.

84 Wir wollen in einer demokratischen Welt leben, in der Menschen über alles, was
85 sie betrifft, mitentscheiden können und in der Antidemokraten keine Chance mehr
86 haben.

87 **Wir kämpfen für eine gerechte Welt!**

88 Diese Vorstellung einer gerechten Welt wird sich nicht morgen realisieren
89 lassen. Wir sehen aber an so vielen Orten weltweit, wie Menschen diese Umstände
90 nicht hinnehmen wollen: Die mutigen Menschen im Iran, die für Freiheit,
91 Gleichheit und Demokratie gegen das brutale Regime auf die Straße gehen, die
92 Beschäftigten des GKN-Werkes in Florenz, die ihre Fabrik gegen die Pläne eines
93 britischen Investmentfonds besetzen, die Beschäftigten bei Amazon, die sich
94 global über Grenzen hinweg gegen prekäre Arbeitsverhältnisse organisieren und
95 Klima-Aktivist*innen in Bosnien, die sich gemeinsam mit den Minenarbeiter*innen
96 gegen ausländische Investitionen und für gute, klimafreundliche Arbeitsplätze
97 organisieren. Sie alle schlagen zurück gegen die Auswirkungen des globalen
98 Kapitalismus und auch wir sind ein Teil davon! Wir stehen solidarisch an der
99 Seite derer, die sich für eine gerechte Welt und gegen Autokraten einsetzen. Für
100 uns ist deshalb auch klar: Wir stehen weiter solidarisch an der Seite der
101 Menschen in und aus der Ukraine!

102 Wir kämpfen weiter für eine gerechte Welt. Als internationalistischer
103 Jugendverband kämpfen wir für ein gutes Leben aller Menschen - egal ob in

104 Bogotá, in Baku oder in Berlin. Auch wenn wir mit den Bergleuten am
105 Steinkohletagebau in Kolumbien auf den ersten Blick nur wenig gemein haben,
106 haben wir ein gemeinsames Interesse daran, dass unsere Bedürfnisse anstatt die
107 Profitinteressen einiger weniger im Mittelpunkt stehen. Deshalb lassen wir uns
108 nicht spalten. Dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, liegt
109 nicht am Konflikt zwischen Menschen im Globalen Norden und Globalen Süden,
110 sondern am Konflikt zwischen Profitinteressen auf der einen und unseren
111 Bedürfnissen auf der anderen Seite.

112 Bei der Lösung dieser Ungerechtigkeiten, können wir uns nicht auf die
113 Regierungen verlassen. Während Staaten in außenpolitischen Auseinandersetzungen
114 in der Regel versuchen, das Beste für ihr Land und die Profitabilität ihrer
115 einheimischen Wirtschaft rauszuholen, geht es uns um ein gutes Leben für alle -
116 nicht nur in Deutschland. Allzu oft wird das aber von einflussreichen
117 Regierungen aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Bundesregierung spielt oft eine
118 besondere, aber keine besonders gute Rolle. Sei es die Abschottung an den EU-
119 Außengrenzen, Kooperationen mit autokratischen Staaten, die Menschen im eigenen
120 Land und in Nachbarregionen bekämpfen oder die unsoziale Sparpolitik, die
121 Deutschland und die EU anderen Regierungen aufzwingt - Internationale
122 Solidarität bedeutet für uns auch, dass wir uns gegen diese Art von Außenpolitik
123 zur Wehr setzen und hier in Deutschland Druck für Veränderung machen.
124

125 Der Schutz, die Unterstützung und die Förderung der Demokratie müssen zu einem
126 zentralen Element der Außenpolitik und der Außenbeziehungen der EU werden. Es
127 braucht eine aktive Unterstützung pro-demokratischer Bewegungen durch die EU.
128 Dafür braucht es eine europäische Koordination, die alle Möglichkeiten
129 identifizieren soll, Wege zu finden, solche Bewegungen zu unterstützen. Dafür
130 braucht es finanzielle Mittel, welche flexibel und langfristig zur Verfügung
131 gestellt werden, um eine Planung und Anpassung an die sich ständig entwickelnden
132 Bedürfnisse der Bewegungen zu gewährleisten. Dabei sollen neben Dissident*innen
133 und Aktivist*innen auch Gewerkschaften und Akteure der Zivilgesellschaft sowie
134 demokratiefördernde Medien finanziell unterstützt werden. Zudem sollen
135 europaweit Möglichkeiten zur Vernetzung, Zusammenarbeit und Strategieentwicklung
136 für diese angeboten werden. Wir stehen dafür ein, jedem Menschen seine Rechte
137 und Würde zu garantieren. Dieses universalistische Menschenbild wollen wir mit
138 den beschriebenen Maßnahmen unterstützen und erkämpfen. Unabhängig davon, wo
139 Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu erhalten, um ihre
140 grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir streiten dafür,
141 dass jeder Mensch das Recht auf Hilfe hat!

142 Um stark genug dafür zu sein und um genügend Druck für eine bessere Welt - hier
143 vor Ort und überall anders - machen zu können, müssen wir viele sein. Deshalb
144 arbeiten wir an einer starken linken gesellschaftlichen Bewegung, die in der
145 Lage ist, politische Entscheidungen im Sinne aller Menschen weltweit zu
146 beeinflussen. Für uns ist klar: Internationale Solidarität ist immer
147 unumstößlicher Grundsatz unseres politischen Aktivismus - dafür machen wir Druck

148 und dafür wollen wir junge Menschen begeistern.